



BERGSTRASSE

PRESSEMITTEILUNG 5/2019

Pausenprotest der Lehrkräfte zur Tarifrunde

Kreis Bergstraße/Odenwaldkreis. Mit einem Kleinbus fuhren Vertreter der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zu Schulen im Kreis Bergstraße und dem Odenwaldkreis, um Beschäftigte im Rahmen eines landesweiten Aktionstags zur Tarif- und Besoldungsrunde 2019 bei ersten Protesten zu unterstützen.

In der Geschwister-Scholl-Schule und der Seebergschule in Bensheim sowie bei einer gemeinsamen Aktion an der Theodor-Litt-Schule und dem Beruflichen Schulzentrum Odenwald in Michelstadt versammelten sich etliche Lehrkräfte bei Protestversammlungen in der Pause, um gemeinsam mit den Gewerkschaftern auf ihre Forderungen aufmerksam zu machen.

Die GEW fordert gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes die Anhebung der Gehälter um sechs Prozent, mindestens aber um 200 Euro monatlich. Die Entgelte der Praktikanten sollen um 100 Euro pro Monat steigen.

„Es geht hier nicht zuletzt auch um die Wertschätzung unserer Arbeit“, sagte Angelika Lerch vom Vorsitzendenteam der GEW Odenwald. Das Land Hessen habe nun die Möglichkeit, die stets angeführte Wertschätzung auch mit einer entsprechenden Bezahlung zum Ausdruck zu bringen, fügte Tony Schwarz, stellvertretender Vorsitzender des GEW-Landesverbandes Hessen an: „Deshalb bleibt zu hoffen, dass ein vernünftiges Angebot vorgelegt, ein vertretbarer Abschluss erreicht und dieser dann zeitnah auf die Beamten übertragen wird.“ Es dürfe nicht vergessen werden, dass die schwarz-grüne Landesregierung den Beamten bereits zwei Nullrunden verordnet hat.

Holger Giebel, Kreisvorsitzender der GEW Bergstraße, sieht die Bezahlung als einen der wesentlichen Gründe für einen erheblichen Lehrkräftemangel in einigen Schulformen: „Seit fast zwanzig Jahren haben die Landesbediensteten als Resultat einer verfehlten hessischen Finanzpolitik deutliche Einbußen im Vergleich zur Tarifentwicklung in anderen Wirtschaftssektoren hinnehmen müssen. Dies ist ein wesentlicher Grund für die eklatante Unterversorgung mit voll ausgebildeten Lehrkräften vor allem an hessischen Grund- und Förderschulen sowie an den beruflichen Schulen.“ Deshalb sei eine entschiedene Kehrtwende bei der Tarif- und Besoldungspolitik dringend erforderlich, weil die Lücke bei der Bezahlung zu Lehrkräften im Vergleich zu Fachkräften in der freien Wirtschaft geschlossen werden müsse.

Karin Kohle, Vorstandsmitglied der GEW Bergstraße und Mitglied der Tarifkommission, hält es für wahrscheinlich, dass Streikmaßnahmen angestellter Lehrkräfte notwendig sein werden, um die Verhandler des Landes Hessen in Bewegung zu bringen. „Wir Angestellte hoffen darauf, dass sich nach Schulschluss auch Beamte uns bei Streikmaßnahmen anschließen und so ihre Solidarität ausdrücken. Da es nach einem Tarifabschluss um die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten geht, sind eben auch sie unmittelbar betroffen.“

Beim Auftakt der hessischen Tarifverhandlungen am 1. Februar in Wiesbaden hatte der Arbeitgeber kein Angebot vorgelegt. Die zweite Verhandlungsrunde ist für den 28. und 29. März im südhessischen Dietzenbach anberaumt. Die Verhandlungen für alle anderen Bundesländer - diese sind in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TDL) zusammengeschlossen - könnten bereits am Wochenende in Potsdam zu Ergebnissen führen.